



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

vor einem Jahr hat die deutsche Bundesregierung unter dem Eindruck der Ereignisse im japanischen Fukushima die Beschlüsse zur Beschleunigung der Energiewende gefasst. Vorgesehen sind der Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 und der nahezu vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien bis 2050. Heute wird nicht mehr über die „Vision“ Energiewende, sondern über ihre praktische Umsetzung diskutiert. Der einst parteiübergreifende Wille nach dem Atomausstieg verliert sich in politischen Streitigkeiten. Oft stellen sich gerade entschiedene Atomgegner und Umweltschützer als Erste gegen die Schaffung alternativer Versorgungsinfrastrukturen. In der Diskussion über Netzausbau und Speichermöglichkeiten von Strom stehen die Sorge vor steigenden Strompreisen und das Unbehagen vieler Bürger angesichts der Herausforderungen durch den Atomausstieg im Vordergrund.

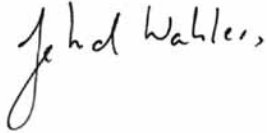
In der Tat, die Energiewende hat ihren Preis. Saubere Energie bei gleichzeitiger Netzsicherheit und niedrigen Strompreisen ist auf Knopfdruck nicht zu bekommen. Für den Erfolg der Energiewende sollte neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien die Balance zwischen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz angestrebt werden. Allerdings muss allen Beteiligten bewusst sein, dass diese Ziele nicht sofort in Einklang zu bringen sind. Wer in Zukunft statt Atomstrom grüne Energie aus der Steckdose haben will, muss hinnehmen, dass bundesweit in großem Umfang Stromtrassen, Solarparks und Windräder gebaut werden – und sei es gegen die Bedenken von Bürgerinitiativen. Hinzu kommt, dass ein sofortiger Atomausstieg bei gleichzeitigem Verzicht auf konventionelle und fossile Übergangslösungen nicht möglich ist. Ohne Kohle, Gas und Öl wird sich die deutsche Industrie in absehbarer Zukunft nicht auf den Weltmärkten behaupten können.

Gerade vermeintlich umweltfreundliche Alternativen, wie z.B. Biosprit, sind dabei oft alles andere als eine Musterlösung: Der Anbau pflanzlicher Brennstoffe erfolgt in Schwellen- und Entwicklungsländern allzu oft durch die Schaffung von Monokulturen und die Rodung von Urwäldern. „Die Beimischungspflicht, die die rot-grüne Regierung eingeführt hatte, führt dazu, dass Menschen zu wenig Nahrung haben“, warnte Mitte August Bundesminister Dirk Niebel. Mittlerweile ist die Diskussion um den Kraftstoff E10 voll entbrannt. Dieses Beispiel zeigt aber auch: Eine voreilige Verdammung fossiler Energieträger ist falsch – wir werden sie noch viele Jahrzehnte benötigen.

Gelingt es Deutschland als eine der führenden Industriationen, seine Energieversorgung bis 2050 auf Erneuerbare Energien umzustellen, ohne dabei seine Wettbewerbsfähigkeit, das Funktionieren der Industrie und den Wohlstand der Bürger zu gefährden, könnte die Energiewende ein attraktives und nachahmenswertes Modell für andere Länder sein. In den kommenden Jahren müssen sich in Deutschland der Bund, die Länder und die Kommunen in allen Politikfeldern auf die Energiewende einstellen. Im Vordergrund sollte dabei der zügige Ausbau der Netze und der Speicherkapazitäten stehen, um die höchst volatilen Mengen an Strom aus Erneuerbaren Energien bedarfsgerecht zu nutzen und die Grundlast im Netz zu gewährleisten. Gleichzeitig muss es aber auch gelingen, die Erneuerbaren Energien mit Blick auf steigende Strompreise noch schneller in die Konkurrenzfähigkeit zu fossilen Energieträgern zu überführen und die Subventionierung herunterzufahren. Für den Übergang sollte die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle oder Gas zwar gefördert werden, aber mit möglichst effizienten Kraftwerken erfolgen.

Die Energiewende verlangt außerdem einen intensiven politischen Dialog innerhalb der Europäischen Union, zumal Deutschland im Winter auf Stromlieferungen seiner Nachbarn angewiesen sein könnte. Hier sind gegenwärtig sehr unterschiedliche energiepolitische Entwicklungspfade – nicht nur mit Blick auf die deutsche Energiewende – zu beobachten, die eine gemeinsame europäische Energiepolitik erschweren oder sogar unmöglich machen könnten. Diese

Abstimmungen müssen nun erfolgen, denn die Energie-
wende ist ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung.
Schon heute stellen wir die Weichen, um zukünftigen Gene-
rationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, looping initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de